

Bericht des Gemeinderats

Postulat Matthias Egli (GLP) – übernommen durch Yasmin Abdullahi (JGLP): Gemeindeübergreifende Zusammenarbeit (2018.SR.000277)

In der Stadtratssitzung vom 23. Juni 2022 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt:

Die Stadtberner Gemeindegrenzen stammen aus einer Zeit, wo Bern aus der heutigen Altstadt bestand und vom unzähligen Weiler und Bauerndörfer umgeben war. In den letzten hundert Jahren sind Bern und die umliegenden Gemeinden stark gewachsen und haben sich über eine grosse Fläche ausgedehnt. Weiler und Dörfer aus früheren Zeiten wuchsen zu Quartieren zusammen.

Das führt dazu, dass sich die heutige Gemeindegrenze an vielen Orten mitten durch das Siedlungsgebiet windet. Aus heutiger Sicht erscheinen die Grenzen willkürlich und sind nur noch auf dem Papier nachvollziehbar. Dennoch haben die strikten Grenzen Auswirkungen auf den Lebensraum und die Bevölkerung. Die Verantwortung der städtischen Behörden hört an der Stadtgrenze auf. So finden wir zum Beispiel im Eichholz und in der Gurten Talstation kein Publike, die Fernwärme wird in erster Linie anhand der Gemeindegrenze geplant oder die Schulferien der Nachbarkinder verschieben sich um Wochen. Die Grenzen sind ein Verdikt aus früheren Zeiten und entsprechen nicht mehr den täglichen Aktivitäten der Bevölkerung. Dennoch, der Verlauf der Grenze beeinflusst unseren Alltag.

Auch aus diesen Gründen werden positive Stimmen aus Vereinen und Verbänden laut, welche Gemeindefusionen vorschlagen (z.B. «Bern NEU gründen») um eine zukunftsfähige Kernregion/Stadtregion zu gestalten. Im Moment finden opportunistisch Diskussion für eine engere Zusammenarbeit oder gar eine Fusion, insbesondere mit Ostermundigen (Motion 2018.SR.000143) statt. Eine engere Zusammenarbeit sollte jedoch anhand der Bedürfnisse und der direkten Betroffenheit der Bevölkerung vorangetrieben werden. Insbesondere an jenen Orten, wo die Gemeindegrenze mitten durch das Siedlungsgebiet erfolgt, wie es vor allem mit Ortsteilen von Köniz der Fall ist.

Der Gemeinderat wird gebeten:

1. Aufzuzeigen mit welchen Instrumenten und in welchen Verantwortungsbereichen die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit bis hin zur Fusion heute erfolgt.
2. Vorschläge für eine verbesserte Zusammenarbeit zu erarbeiten.
3. Zu prüfen ob mit einer Fusion von Gemeinden oder auch einzelnen Ortsteilen, vor allem innerhalb der Gemeinde Köniz, für die Bevölkerung eine Verbesserung im Alltag und in der langfristigen Stadtentwicklung erzielt werden kann.

Bern, 06. Dezember 2018

Erstunterzeichnende: Matthias Egli

Mitunterzeichnende: Danielle Cesarov-Zaugg

Bericht des Gemeinderats

Seit etlichen Jahren wird in der Region Bern die Zusammenarbeit intensiviert. Mit der Gründung der Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM) im Jahr 2010 wurde die Zusammenarbeit in einem grösseren Perimeter systematisiert und institutionalisiert. Mit der Lancierung des Boccia-Clubs im Jahr 2014 wurde eine zusätzliche Gesprächsplattform für die zwölf Gemeinden der Kernagglomeration geschaffen. Überdies ist der Gemeinderat in den verschiedensten Bereichen bestrebt, die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden weiter zu fördern und auch projektbezogen auszubauen.

Zu Punkt 1:

2018 lancierte der Gemeinderat zusammen mit dem Gemeinderat Ostermundigen das Projekt «Kooperation Bern» (KOBÉ). Die beiden Gemeinden beschliessen damals, gemeinsam eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, welche die Möglichkeiten vertiefter Zusammenarbeit bis hin zur Fusion ausloten sollte. Zu einer Teilnahme an der Studie wurden alle Gemeinden der Kernagglomeration eingeladen. Bolligen, Bremgarten, Frauenkappelen und Kehrsatz schlossen sich den Arbeiten an, die übrigen Gemeinden lehnten eine Beteiligung von Beginn an ab. Die meisten von ihnen argumentierten, dass die aktuelle Form der Zusammenarbeit gut funktioniere und sie keine Fusionsabklärungen wünschten.

Die Machbarkeitsstudie vom 11. Februar 2020 kam zum Schluss, dass bei den sechs untersuchten Gemeinden die Potentiale der Zusammenarbeit weitgehend ausgeschöpft sind: «Die Gemeinden arbeiten bereits gut und intensiv zusammen, z.B. in den Bereichen Informatik (regionale Informatikzentren), Soziales (regionale Sozialdienste) und öffentliche Sicherheit (Feuerwehr). Es bestehen rund 80 Kooperationen über Verträge, Verbände usw., oft auch mit Gemeinden, die sich nicht an der Machbarkeitsstudie beteiligen. Es gibt zwar zusätzliche Synergiepotenziale durch eine verstärkte Kooperation, sie sind aber relativ klein und stossen aufgrund der notwendigen Absprachen an ihre Grenzen» (Synthese, S. 5). Eine substantielle Verbesserung der Zusammenarbeit könne daher nur mit Fusionen erreicht werden, folgert die Studie.

Ostermundigen und Bern entschieden sich daraufhin im Dezember 2020 für die Aufnahme von Fusionsverhandlungen, Bolligen, Bremgarten, Frauenkappelen und Kehrsatz lehnten Verhandlungen ab. Das Fenster für eine Projektbeteiligung wurde damals mit einer erneuten Einladung an alle Gemeinden der Kernagglomeration noch einmal geöffnet, es wollten sich aber keine weiteren Gemeinden mehr anschliessen.

Mit Ostermundigen sind die Fusionsverhandlungen unter dem neuen Projekttitel «Kooperation Ostermundigen – Bern» mittlerweile abgeschlossen, am 22. Oktober 2023 ist in beiden Gemeinden die Volksabstimmung über die Fusion geplant. Mit den anderen Gemeinden der Kernagglomeration läuft die Zusammenarbeit im bisherigen Rahmen weiter. Auf politisch-strategischer Ebene erfolgt der Austausch bilateral sowie im Rahmen des Boccia-Clubs und der Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM). Auf operativer Ebene gibt es in verschiedenen Bereichen themenspezifische Kooperationen zwischen Bern und den umliegenden Gemeinden.

Zu Punkt 2:

Mit der Machbarkeitsstudie KOBÉ und der zweimaligen Anfrage an die Gemeinden der Kernagglomeration für eine Projektbeteiligung hat der Gemeinderat sich ein wiederholtes Mal um eine Erneuerung der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit bemüht. Ausser bei Ostermundigen ist jedoch das Interesse an grundlegenden Veränderungen der bisherigen Zusammenarbeitsformen, wie bereits ausgeführt, nicht vorhanden. Überdies kommt die Machbarkeitsstudie KOBÉ in Bezug auf die sechs untersuchten Gemeinden zum Schluss, dass die Potentiale der gemeindeübergreifenden Kooperationen weitgehend ausgeschöpft sind. Vor diesem Hintergrund sieht der Gemeinderat derzeit keinen Anlass für neue umfassende Vorschläge. In einzelnen Themenbereichen bemüht sich die Stadt jedoch stetig um eine Optimierung und Verbesserung der Zusammenarbeit. Der Gemeinderat hält es auch für nicht ausgeschlossen, dass nach einer positiven Fusionsabstimmung im Herbst 2023 sich mittelfristig neue Türen für weitere Fusionsprojekte öffnen.

Zu Punkt 3:

Bei einem Ja in Bern und Ostermundigen am 22. Oktober 2023 wird die Fusion der beiden Gemeinden auf Anfang 2025 vollzogen. Es wird dann an der fusionierten Gemeinde sein, die neuen Rahmenbedingungen zu setzen und eine Verbesserung im Alltag und in der langfristigen Stadt-

entwicklung zu erzielen. Wie im Vortrag zum Stadtratsbeschluss vom 27. Januar 2022 (SRB 2022-22) ausgeführt wird, konzentriert sich das Fusionsprojekt auf den Zusammenschluss der beiden Gemeinden und damit auf die damit unmittelbar zusammenhängenden, fusionsrelevanten Themenfelder. Reformprojekte in einzelnen Themenbereichen sollen nach der Fusion von der neuen Gemeinde angepackt werden.

Die Gemeinde Köniz wurde zusammen mit den anderen Gemeinden der Kernagglomeration zweimal angefragt, sich am Projekt KOBE zu beteiligen. Sie hat eine solche Beteiligung abgelehnt und signalisiert, im bisherigen Rahmen mit der Stadt Bern weiterarbeiten zu wollen. Der Gemeinderat respektiert diesen Entscheid. Köniz und Bern arbeiten sehr gut und eng zusammen. Der Gemeinderat der Stadt Bern will diese Zusammenarbeit weiterführen und ist auch gerne bereit – wo dies im aktuellen Rahmen möglich und erwünscht ist – die Zusammenarbeit weiter zu optimieren und zu intensivieren.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Bern, 31. Mai 2023

Der Gemeinderat